




Albanien

Länderinformation

 **Bundesministerium**
Europäische und internationale
Angelegenheiten

 **Austrian**
Development
Agency

Einleitung

Albanien hat in den letzten 20 Jahren beachtliche Entwicklungsfortschritte gemacht. Vor allem in der Armutsminderung, beim Wirtschaftswachstum und bei der Annäherung an die Europäische Union (EU) kann das Land Erfolge verbuchen. Im Human Development Index liegt Albanien auf Platz 69 von 189 Ländern.

Im Juni 2014 sprach der Europäische Rat Albanien den Status eines Beitrittskandidaten zu. Für die EU-Integration und die weitere soziale, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung bedarf es jedoch noch maßgeblicher Reformschritte. Das gilt vor allem für die Bereiche Rechtsstaatlichkeit, Geschlechtergleichstellung, Korruptionsbekämpfung und Demokratisierung.



BASISDATEN

Landesname	Republik Albanien
Unabhängigkeit	28. November 1912
Staatsform	Parlamentarische Demokratie
Staatsoberhaupt	Staatspräsident Ilir Meta
Regierungschef	Premierminister Edi Rama (PS)
Außenminister	Olta Xhaçka
Fläche	28.748 km ²
Bevölkerung	2,85 Mio.
Bevölkerungswachstum	-0.6 % jährlich (2020)
Alphabetisierung	98 % (2018)
Lebenserwartung	Frauen 81, Männer 76
HDI (Human Development Index)	0,795 (max. 1), 69. Stelle von 189
GII (Gender Inequality Index)	0,234, 51. Stelle von 162
BIP	15,3 Mrd. US-Dollar (2019)
BIP pro Kopf	5.350 US-Dollar (2019)
Jährliches Wachstum des BIP	-7,5 % (2020)
Armut	14,3 % (2012)
Bevölkerung mit verbessertem/ nachhaltigem Zugang zu sauberem Wasser	95 %

Quellen:
 Factsheet der ÖB Tirana
<http://data.worldbank.org/indicator>
 Human Development Report

Albanien bekommt in seinem Reformprozess Unterstützung von internationalen Partnern. Österreich wird wegen seiner Expertise, Professionalität, Verlässlichkeit und seines partnerschaftlichen Zugangs sehr geschätzt. Es hat aufgrund seiner geopolitischen Lage besonderes Interesse an der Stabilität, der raschen sozial und ökologisch verträglichen wirtschaftlichen Entwicklung und der regionalen und europäischen Integration der Länder Südosteuropas. Albanien ist daher seit 1992 Schwerpunktland der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

Politische Situation

Albanien erlangte 1912 die Unabhängigkeit. 1944 übernahmen die Kommunisten unter Führung von Enver Hoxha die Macht. Dieser etablierte in den Folgejahren unter Ausschaltung jeglicher Opposition eine kommunistische Einparteiensherrschaft. Nach Hoxhas Tod im Jahr 1985 übernahm sein politischer Erbe Ramiz Alia die Führung des Landes. 1990 gab es erste Demonstrationen gegen das Regime und tausende Albanerinnen und Albaner flohen in westliche Botschaften. Im Herbst 1990 ließ sich die zuerst von Studentinnen und Studenten getragene antikommunistische Bewegung in Tirana nicht mehr unterdrücken. Das Regime musste mit den Aufständischen verhandeln. Ergebnis waren die Parlamentswahlen im Jahr 1991. Sie waren jedoch nicht frei, die Kommunistische Partei gewann. 1992 fanden die ersten freien Wahlen statt, die Demokraten gingen als Sieger hervor. 1997 kam es zur Anarchie, nachdem mehrere Geldanlagefonds kollabiert waren. Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen Mitte 1997 gewannen die Sozialisten. 1998 wurde die neue Verfassung per Referendum angenommen.

Heute ist Albanien eine Verfassungsrepublik mit einem Mehrparteiensystem, in dem der Präsident das Staatsoberhaupt und der Premierminister der Regierungschef ist. Nach einer umfassenden Wahlrechtsreform erbrachten die Wahlen im April 2021 erneut, wie schon 2017, eine absolute Mehrheit für Edi Rama und seine Sozialistische Partei (PS). Diese verteidigte ihre Mehrheit mit 74 von 140 Mandaten. Die Demokratische Partei (PD) unter Lulzim Basha kam auf 59 Mandate gegenüber 43 im Jahr 2017. Ihre Zugewinne gingen vor allem auf Kosten der Sozialistischen Bewegung für Integration (LSI), die nur mehr 4 Sitze (2017: 19) erringen konnte. Auch der Sozialdemokratischen Partei (PSD) gelang mit 3 Mandaten (2017: 1 Mandat) der Einzug ins Parlament. Die Wahlbeteiligung ging mit 45,72 Prozent gegenüber 2017 leicht zurück. Damals lag sie bei 46,6 Prozent.

Wirtschaft

Während der ersten Millenniumsdekade hatte Albanien die am schnellsten wachsende Wirtschaft in Europa mit Wachstumsraten von durchschnittlich 6 Prozent. In dieser Zeit reduzierte sich die Armutsrate von 25,4 im Jahr 2002 auf 12,4 Prozent im Jahr 2008¹. Infolge der globalen Krise 2008 sank das Wachstum auf durchschnittlich 1,7 Prozent. Seit 2013 wuchs die Wirtschaft wieder. Die Wachstumsrate für 2018 lag bei 4,15 Prozent. Das starke Erdbeben in Albanien im November 2019 und die Coronapandemie hatten 2020 einen Rückgang des Wirtschaftswachstums von 7,5 Prozent zur Folge. Für 2021 wird wieder ein Wachstum von ca. 4,5 Prozent prognostiziert, da sich Exporte, Konsum und Investitionen teilweise erholen. 2021 wird der private Konsum eine zunehmend wichtige Rolle für das Wachstum spielen, unterstützt durch den Wiederaufbau nach dem Erdbeben. Der Dienstleistungssektor, insbesondere der Tourismus, und die Bauwirtschaft werden voraussichtlich die wichtigsten Wachstumstreiber sein, wobei der Beitrag des Tourismus freilich stark vom weiteren Verlauf der Coronapandemie abhängt.

Die engen Verflechtungen mit Griechenland und Italien im Handelsverkehr, bei Rücküberweisungen und im Bankensektor machen Albanien anfällig für Übertragungseffekte möglicher Schuldenkrisen und Wachstumsschwächen in der Eurozone.

Der Landwirtschaftssektor macht mehr als 40 Prozent der Arbeitsplätze, aber weniger als ein Viertel des BIP aus. Er beschränkt sich hauptsächlich auf kleine Familienbetriebe und Subsistenzlandwirtschaft, da es an moderner Ausrüstung mangelt, die Eigentumsrechte unklar sind und kleine, ineffiziente Grundstücke vorherrschen. Komplexe Steuergesetze und Lizenzanforderungen, ein schwaches Justizsystem, weit verbreitete Korruption, mangelhafte Durch-

¹ Weltbank, <https://data.worldbank.org/country/AL>

setzung von Verträgen und Eigentumsfragen sowie eine veraltete Infrastruktur tragen zu Albanien schlechtem Wirtschaftsstandort bei und schwächen die Attraktivität für ausländische Investitionen.

Die Jahresinflation lag 2020 bei rund 1,4 Prozent. Das Ziel der albanischen Nationalbank ist eine Jahresinflation von maximal 3 Prozent. Besorgniserregend ist die Höhe der Gesamtverschuldung, die im September 2020 bei rund 80 Prozent lag. Albanien ist derzeit das Land mit der höchsten Verschuldung in Südosteuropa.

Die Regierung wollte die Arbeitslosigkeit auf ein einstelliges Niveau bringen. Doch die COVID-19-Krise führte zu einem Verlust von 34.000 Arbeitsplätzen. Die offizielle Arbeitslosenquote stieg auf 12,5 Prozent. Besonders betroffen sind derzeit jüngere Arbeitssuchende. Im Alterssegment der 15- bis 19-Jährigen beträgt die offizielle Arbeitslosenquote 20,7 Prozent. Der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zufolge arbeiten 56,7 Prozent der Beschäftigten in Albanien im informellen Sektor. Die informelle Arbeit ist besonders groß im Agrarsektor (40 Prozent), Handel (13 Prozent), Baugewerbe (8 Prozent) und im Tourismus (4 Prozent). Sie kommt aber auch im Industriesektor, Transportwesen und im Dienstleistungssektor vor. Ende 2019 meldete die albanische Statistikagentur INSTAT 1,2 Millionen Beschäftigte, von denen nur 782.000 Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Die von der ILO analysierte Arbeitskräfteerhebung zeigt, dass informelle Beschäftigung für Albanien nach wie vor ein besorgniserregendes Phänomen ist, das durch die COVID-19-Krise möglicherweise noch verschärft wird.

Der monatliche Durchschnittslohn betrug im Jahr 2020 rund 430 Euro. Seit Jänner 2021 gibt es einen gesetzlichen Mindestlohn von rund 245 EUR.

Annäherung an die Europäische Union

Trotz grünem Licht für die Eröffnung der EU-Beitrittsverhandlungen im März 2020 fand die von Albanien erhoffte erste Regierungskonferenz, mit der die Beitrittsverhandlungen eröffnet werden sollten, 2020 nicht statt. Nun wird auf eine Abhaltung der ersten Regierungskonferenz sobald als möglich im Jahr 2021 hingearbeitet. Ob alle im März 2020 formulierten Bedingungen für die Abhaltung der Konferenz erfüllt sind, war zuletzt strittig: Aus Sicht Albanien ebenso wie der EU-Kommission und zahlreicher EU-Mitgliedsstaaten, darunter Österreich, wurde die letzte ausständige Bedingung mit der Wiederherstellung der vollen Funktionalität von Albanien Verfassungsgerichtshof durch Ernennung neuer Richter erfüllt. Einige EU-Staaten fordern aber darüber hinaus auch die Gewährleistung der Funktionsfähigkeit aller Senate des Obersten Gerichts. Größte Herausforderungen auf dem Weg Albanien in die EU bleiben die Justizreform und der Kampf gegen organisierte Kriminalität und Korruption. Auch hinsichtlich der Gleichstellung der Geschlechter besteht weiterhin Handlungsbedarf. Vor allem die Umsetzung der wirtschaftlichen Rechte von Frauen, ihre Repräsentanz auf politischer Ebene sowie die effektive Bekämpfung häuslicher Gewalt müssen verbessert werden.

Erfolge Albanien auf internationaler Ebene waren die Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens mit der EU im Jahr 2006, das 2009 in Kraft trat, die NATO-Mitgliedschaft 2009, die Visaliberalisierung für den Schengenraum im Jahr 2010 und der Status eines EU-Beitrittskandidaten 2014. Mit einem allseits gelobten Vorsitz der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) im Jahr 2020 konnte Albanien sein Ansehen in der internationalen Gemeinschaft als aktiver Verfechter eines effektiven Multilateralismus steigern.

Land mit Potenzialen

Albanien verfügt über viele Potenziale. Seine geografische Lage macht das Mittelmeerland zu einer natürlichen Drehscheibe für Handelsbeziehungen in Südosteuropa und im gesamten

Mittelmeerraum. Umfangreiche Energie- und Wasservorräte liegen noch brach. Die lange Küste, beeindruckende Berglandschaften und das mediterrane Klima bieten ideale Voraussetzungen für sanften Tourismus. Die zahlreichen landwirtschaftlich kaum genutzten Flächen sind ein gutes Fundament für eine florierende Landwirtschaft. Eine junge, dynamische, zukunftsorientierte Gesellschaft bildet eine vielversprechende Basis für die weitere sozioökonomische Entwicklung. Investitionen in Bildung und Weiterbildungsmöglichkeiten auf europäischem Niveau sowie in moderne Kommunikation sind notwendig, um auf dem regionalen und globalen Markt erfolgreich bestehen zu können.

Entwicklungszusammenarbeit zwischen Albanien und Österreich

Wie alle Staaten der Region verfolgt auch Albanien die Integration in die Europäische Union als prioritäres Ziel. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt Albanien bei der Heranführung an die EU und bei der Armutsminderung.

Inhaltliche Schwerpunkte

Die österreichischen Förderungen konzentrieren sich auf den Aufbau einer leistungsstarken Verwaltung und die Vermittlung von Know-how im Bereich Wassermanagement und arbeitsmarktorientierte Berufsbildung. So tragen sie zur Umsetzung der nationalen Sektorstrategien sowie zur Heranführung an die EU bei. Weitere Schwerpunkte sind die Förderung von Geschlechtergleichstellung, die Einführung von sozialen Standards für Schutzbedürftige und zur Wahrung der Menschenrechte sowie die regionale Entwicklung.

Zur sozioökonomischen Entwicklung eines Landes muss ein gut funktionierender öffentlicher Sektor Prinzipien wie Transparenz und Partizipation achten und den Bürgerinnen und Bürgern gegenüber Rechenschaft ablegen. Auch Rechtssicherheit und eine lebendige Zivilgesellschaft sind zentral. Dies alles trägt zu menschlicher Sicherheit, Armutsminderung und Umweltschutz bei. Die Förderung von guter Regierungsführung sowie die Einhaltung der Menschenrechte sind daher für die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit in allen Arbeitsbereichen von grundlegender Bedeutung.

ODA Österreichs an Albanien

Die gesamten öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen Österreichs (ODA)² an Albanien beliefen sich von 2004 bis 2019 auf 108,39 Millionen Euro. Davon machte der Anteil der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA)³ 31,01 Millionen Euro aus.

ODA Österreichs an Albanien, Auszahlungen in Millionen Euro

	2015	2016	2017	2018	2019
bilaterale ODA gesamt an Albanien in Mio. Euro	9,27	7,78	8,06	8,12	9,33
in % der ges. bilateralen ODA	1,31	0,87	1,51	1,99	2,35
OEZA an Albanien in Mio. Euro	1,85	1,36	2,22	1,76	2,42
OEZA an Albanien in % der ges. OEZA-Leistungen	2,01	1,15	1,66	1,54	1,95

Quelle: ADA-Statistik

² Official Development Assistance: Öffentliche Gelder von Ministerien sowie öffentlicher Institutionen auf gesamtstaatlicher, teilstaatlicher und kommunaler Ebene (z.B. Bundesländer, Städte und Gemeinden)

³ Kernbudget (OEZA/ADA und OEZA/BMEIA)

Projektbeispiele

Integriertes Wassermanagement

In Albanien Wassersektor mangelt es an Kapazitäten und Know-how. Entscheidungen auf zentraler und/oder lokaler Ebene werden nicht koordiniert gefällt und sind oft schwerfällig. Das macht die Angleichung an das EU-Recht und dessen Durchsetzung schwierig. Strategien einzelner Behörden Albanien sind noch nicht aufeinander abgestimmt. Die albanischen Wasserwerke sind daher ineffizient und nicht rentabel. Das Tarifsystem ist intransparent. 20 Prozent der Albanerinnen und Albaner sind noch nicht an die Trinkwasserversorgung angeschlossen. Nur 62 Prozent der Haushalte nutzen das Abwassersystem.

Ein Projekt, das von der EU und der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit finanziert wird, soll die Situation ändern: Es soll den rechtlichen und institutionellen Rahmen im Wassersektor verbessern. Denn zur erfolgreichen Bewirtschaftung der landesweiten Wasserressourcen braucht es ein integriertes Management und eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung. Die Austrian Development Agency (ADA), die Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, setzt das Projekt um.

Große bisherige Meilensteine waren die Entwicklung eines Wasser-Gesetzes im Einklang mit EU-Recht und die Erarbeitung eines komplexen Bewirtschaftungsplans für die Flüsse Ishem/Erzen und Mati. Als Richtschnur für die Tarifstruktur dient die EU-Wasserrahmenrichtlinie. Auf sie wird der nationale albanische Haushaltsrahmen für die Wassergewinnung und den Wasserverbrauch abgestimmt.

Die ADA arbeitet eng mit der 2018 geschaffenen nationalen Agentur für Wasserressourcen-Management, anderen relevanten Institutionen, der EU und Behörden auf lokaler Ebene zusammen. 2,9 Millionen Albanerinnen und Albaner bekommen dadurch einen besseren Zugang zu Trinkwasser mit erhöhter Wasserqualität. Das trägt wesentlich zu mehr Gesundheit und besseren Lebensbedingungen bei.

Regionale Entwicklung

Um die Kluft zwischen Arm und Reich landesweit zu verringern, unterstützt die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit gemeinsam mit der Schweizer Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit abgelegene Regionen dabei, die regionale Entwicklung zu fördern. Die Regierung erhielt Unterstützung bei der Ausarbeitung eines Gesetzes für Regionalentwicklung, das im Oktober 2020 in Kraft trat. Weitere Verordnungen und ein Strategiepapier sind in Ausarbeitung und in Konsultation mit lokalen und nationalen Interessengruppen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von ausgewählten Gemeinden bekommen Schulungen. Sie lernen mehr über strategische Planung, Budgetierung sowie über die Ausarbeitung, Finanzierung und das Management regionaler Entwicklungsprojekte. Dabei werden wirtschaftliche und soziale Aspekte gleichermaßen berücksichtigt.

Das Programm forciert außerdem Partnerschaften zwischen Gemeinden und anderen gesellschaftlichen Akteuren und finanziert die Verbesserung der kommunalen Infrastruktur durch einen Fonds mit. Damit wurden Erholungsgebiete, Kinderspielplätze, Parks, Bildungsinfrastuktur, Sportanlagen, Jugendzentren, Kulturräume, Bibliotheken etc. erneuert und erhalten. Derzeit werden über den Fonds acht vom Erdbeben 2019 betroffene Gemeinden mit einer Gesamtsumme von 2 Millionen Euro unterstützt.

Das Programm basiert auf den Lernerfahrungen früherer Regionalentwicklungsprogramme. Dazu zählen erfolgreiche Beispiele in Nordalbanien wie die Errichtung von Radwegen, Gästehäusern und Straßenbeleuchtung, die Vermarktung von Kunsthandwerk und lokalen Spezialitäten, die Restaurierung eines Museums, der Bau eines Abwasserkanals, eines Jugendzentrums und einer Promenade mit Bootsanlegestelle am Shkodra See oder die Gründung von Imkervereinen.

Vertragspartner:
Europäische Union
Laufzeit:
02/2018–01/2022
OEZA-Beitrag:
1,5 Mio. Euro
EU-Beitrag:
1,6 Mio. Euro

Vertragspartner:
Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)
Laufzeit:
04/2019–03/2023
OEZA-Beitrag:
1.500.000 Euro

Kostenlose Rechtsberatung für Benachteiligte

Viele Menschen in Albanien können sich weder eine rechtliche Vertretung noch den Zugang zum Gerichtswesen leisten. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt daher gemeinsam mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) das albanische Justizministerium beim Aufbau von Zentren für kostenlose Rechtsberatung und bei der Ausbildung von deren Mitarbeitenden.

2020 wurden in drei Zentren in Fier, Lezha und Durres, die mit Mitteln der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit geschaffen wurden, 708 Personen beraten bzw. unterstützt. Die Rechtsberatungen richten sich speziell an marginalisierte Mitglieder der Gesellschaft, wie Menschen, die der Roma-Community angehören, sowie an Betroffene von häuslicher oder sexueller Gewalt, Menschen mit Behinderungen und von Armut Betroffene.

Im Oktober 2020 wurde das vierte Rechtsberatungszentrum in Pogradec in Anwesenheit des österreichischen Botschafters in Albanien und der albanischen Justizministerin eröffnet. Im Jänner 2021 wurde ein weiteres Zentrum in Gjirokastra in Betrieb genommen.

Effiziente Gerichtsverfahren

Ineffiziente Gerichte untergraben in Albanien das Recht auf richterliches Gehör und auf ein Gerichtsverfahren innerhalb einer angemessenen Frist. Die Ineffizienz schürt das Bestechungssystem und das Misstrauen der Öffentlichkeit. Das lange Warten auf Gerichtsverfahren zu verkürzen ist daher ein wichtiges nationales Anliegen.

Ein von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit unterstütztes Projekt der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) half Richterinnen und Richtern im ganzen Land, ein individuelles Fallmanagement zu erstellen. Dadurch steigerte sich die Effizienz der Gerichtsverhandlungen in 18 Bezirksgerichten um 20 Prozent. Im Durchschnitt gibt es weniger Ausfälle von Verhandlungen: in Zivilangelegenheiten um 10 Prozent und bei Kriminalfällen um 8 Prozent.

Rechtsexpertinnen und -experten der OSZE waren in ständigem Austausch mit 1.500 Richterinnen und Richtern, Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern sowie Rechts- und Staatsanwältinnen und -anwälten. Dabei arbeiteten sie auch mit der Gerichtskanzlei, dem Richterrat und dem Justizministerium zusammen.

Praxisorientierte Berufsausbildung in Tourismusschulen

Der Tourismussektor in Albanien hat großes Potenzial, den Menschen Beschäftigung zu bringen und zum Wirtschaftswachstum beizutragen. Eine der vier Entwicklungsprioritäten Albaniens ist es daher, die Qualität der touristischen Dienstleistungen zu erhöhen. Gute Ausbildungsmöglichkeiten sind dafür zentral. Sie müssen den Anforderungen des Arbeitsmarktes gerecht und für mehr Menschen zugänglich werden.

Das Projekt „Al-Tour“ unterstützte dabei. Rund 50 Akteure des Privatsektors entwickelten Berufsstandards für fünf Tourismusberufe, wie zum Beispiel Kellnerinnen und Kellner, Reiseleiterinnen und Reiseleiter und Reiseveranstalterinnen und -veranstalter. Dies geschah mit Fokus auf internationale Trends, Nachhaltigkeit, und geschlechtersensible Sprache. Vier Schulen in Korca, Saranda, Durres, und Pogradec erhielten einen neuen, praxisorientierteren Lehrplan, der als Vorbild für die anderen elf Tourismusschulen in Albanien dient. Es wurde zudem eine Regelung für Praktika von Schülerinnen und Schülern in Betrieben fertiggestellt, zur Förderung einer praxisnahen Ausbildung.

Verbesserte Bedingungen in den Studierendenwohnheimen von Korca und Saranda sowie Sensibilisierungs-Aktivitäten tragen dazu bei, die Attraktivität von Berufsbildung unter jungen Menschen und ihren Eltern zu erhöhen und Inklusion zu fördern. Für Wohnheime wurde ein Verhaltenskodex entwickelt, der von den Stadtverwaltungen Korca und Saranda genehmigt wurde. Außerdem wurden Empfehlungen entwickelt, die mehr Mädchen und Frauen den Zugang zu Tourismusschulen ermöglichen sollen.

Vertragspartner:

UNDP

Laufzeit:

09/2019–08/2022

OEZA-Beitrag:

900.000 Euro

Vertragspartner:

OSZE

Laufzeit:

03/2016–12/2019

OEZA-Beitrag:

231.000 Euro

Vertragspartner:

OeAD

Laufzeit:

04/2016–11/2020

OEZA-Beitrag:

837.000 Euro

Insgesamt profitierten rund 100 Lehrpersonen, 76 Unternehmensvertreterinnen und -vertreter, 32 Internatsmitarbeitende, Praktikumskoordinatorinnen und -koordinatoren sowie 55 Mitarbeitende staatlicher Institutionen.

Wirtschaftspartnerschaften

Eine nachhaltige Waldbewirtschaftung fördern

Albanien ist das einzige Land in Europa, das mehr Bäume fällt als es pflanzt. Dies hat schwerwiegende Folgen für Umwelt, Wirtschaft und die Gemeinden, die von Wäldern leben. Eine von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit unterstützte Wirtschaftspartnerschaft will dies ändern. Das für Nachhaltigkeit ausgezeichnete österreichische Unternehmen Lenzing AG unterstützt gemeinsam mit dem österreichischen Institut zur Cooperation bei Entwicklungs-Projekten (ICEP) und der albanischen zivilgesellschaftlichen Organisation Connecting Natural Values and People Foundation (CNVP) ländliche Gemeinden bei der Waldbewirtschaftung, hilft bei der Aufforstung von 10 ha Wald und modernisiert die Ausbildung in der Forstwirtschaft. Das österreichische duale Ausbildungssystem, das neben dem Unterricht auch viel Praxiserfahrung bietet, wird dafür als Vorbild genommen. Der Austausch zwischen österreichischen Berufsschulen, der Forstschule in Shkodra und dem Ausbildungszentrum in Peshkope steht dabei im Vordergrund.

Vertragspartner:

Lenzing AG

Laufzeit:

05/2019–04/2022

OEZA-Beitrag:

200.000 Euro

Regional übergreifende Projekte

Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt Albanien mit vielen regionalen Initiativen und Programmen in den Bereichen Umwelt, Berufsbildung und Soziales. Sie trägt dadurch zu regionalem Austausch und Vernetzung bei.

Traditionelle Rollenbilder aufbrechen

Will man traditionelle Rollenbilder aufbrechen, muss man möglichst früh ansetzen – etwa in der Schule. In Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo sowie Serbien wurde an Schulen ein Programm eingeführt, das ungleiche Machtbeziehungen zwischen Männern und Frauen sichtbar macht und insbesondere geschlechtsspezifische Gewalt bekämpft. Die Jugendlichen setzen sich in diesem Programm kritisch mit Werthaltungen, Geschlechterrollen, geschlechtsspezifischer Gewalt und Aggression, Extremismus, Homophobie oder Drogenmissbrauch auseinander. Interaktive Methoden helfen dabei, soziale Kompetenzen zu entwickeln, konstruktiv mit Emotionen umzugehen und Lebenskrisen zu bewältigen.

Vertragspartner:

CARE Österreich,
Verein für
Entwicklungs-
zusammenarbeit
und humanitäre
Hilfe

Laufzeit:

10/2017–12/2020

OEZA-Beitrag:

900.000 Euro

300 Lehrende, Pädagoginnen und Pädagogen sowie Studierende erhielten Trainings zu innovativen und interaktiven Unterrichtsmethoden und deren Vermittlung. Im Sinne der Nachhaltigkeit erfolgt auch eine enge Kooperation mit Pädagogischen Hochschulen, Sozialeinrichtungen und lokalen Behörden. Auch die zuständigen Ministerien sowie zahlreiche Schulen wurden in die Aktivitäten eingebunden. Mit öffentlichen Kampagnen und Bürgerinnen- und Bürgerbewegungen zu den Themen Gewaltfreiheit und Geschlechtergleichstellung wurden Väter und andere männliche Vorbilder erreicht. So wurde auch Bewusstsein in der Gesellschaft entwickelt, wie bedeutend Programme zur Gewaltprävention an Schulen sind.

Zusammen gegen Korruption

Korruption ist in Albanien noch sehr weit verbreitet und hemmt damit die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes. Gemeinsam mit der Regionalen Anti-Korruptionsinitiative (RAI) stärkt die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit die Widerstandsfähigkeit der Gesellschaften in Südosteuropa gegenüber Korruption. Dazu gehört die Stärkung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Regierungen, des Privatsektors und der Medien.

Vertragspartner:

RAI Sekretariat

Laufzeit:

12/2015-10/2023

OEZA-Beitrag:

2.000.000 Euro

Die betroffenen Länder entwickeln dadurch Mechanismen, damit Gesetze keine Schlupflöcher für Korruption bieten und ermöglichen den Austausch von Vermögensdaten. Bürgerin-

nen und Bürger erhalten Informationen über Korruptionsprävention, Initiativen lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen werden gefördert. Diese Unternehmen und Handelskammern bekommen Schulungen zum Thema Compliance.

Mehr Berufschancen für Frauen

Viele Frauen in Südosteuropa und Moldau müssen sich zwischen Karriere und Familie entscheiden. Gründe dafür sind das fehlende Angebot von Elternkarenz und flexiblen Arbeitszeiten, unzureichende Kinderbetreuung und die Bevorzugung männlicher Bewerber in der Personalauswahl. Hinzu kommen diskriminierende Geschlechternormen, die den Frauen die Last der unbezahlten Betreuungsarbeit aufbürden und ihre Beschäftigungsmöglichkeiten und -wünsche weiter einschränken.

Vertragspartner:
UNFPA
Laufzeit:
12/2019-11/2022
OEZA-Beitrag:
1.500.000 Euro

Das von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit unterstützte regionale Projekt „Expanding Choices“ will das ändern. Mit unserem Partner, dem Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA), dem albanischen Finanz- und Wirtschaftsministerium und der Privatwirtschaft fördern wir ein Arbeitsumfeld, das die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben gewährleistet. Aktivitäten werden gemeinsam mit Vorzeigeunternehmen entwickelt und beinhalten die Einführung einer Zertifizierung für familienfreundliche Unternehmen, die Schaffung einer unterstützenden Organisationskultur und die Entwicklung von privatwirtschaftlichen und nationalen Richtlinien.

Wasser, Energie, Ernährung und Umwelt gemeinsam denken

Der steigende Energiebedarf in den Ländern Südosteuropas erhöht den Druck auf die natürlichen Ressourcen. Vermehrte Dürreperioden haben einen höheren Bewässerungsbedarf für die Landwirtschaft zur Folge. Die Verschmutzung der Gewässer, die unzureichend kontrollierte Entnahme von Wasser und weitere Faktoren führen dazu, dass es nicht genügend Wasser von angemessener Qualität für alle Verwendungszwecke gibt.

Vertragspartner:
Global Water
Partnership-
Mediterranean
Laufzeit:
11/2016-10/2021
OEZA-Beitrag:
1.500.000 Euro

Das von der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit finanzierte regionale Projekt „NEXUS“ ermöglicht einen Perspektivenwechsel. Es hilft, das Problem nicht nur aus Sicht eines Sektors, sondern als zusammengehörige Einheit zu betrachten und anzugehen. Ziel ist die Sicherung der Wasser-, Energie- und Ernährungssicherheit und gleichzeitig die Erhaltung der Ökosysteme und ihrer Funktionen. Der Nexus-Ansatz sieht ein integriertes und koordiniertes Vorgehen über die Sektoren hinweg vor. Damit können potenziell gegensätzliche Interessen, die im Wettbewerb um dieselben knappen Ressourcen stehen, in Einklang gebracht werden.

Frauen aus dem Abseits

In Albanien, Serbien und Kosovo geben nach wie vor oft Männer den Ton an. Frauen haben zum Teil beschränkten Zugang zu Berufsbildung, Beschäftigung, Rechtsprechung und Gesundheit und verfügen über ein geringeres Einkommen. Vor allem in den ländlichen Gebieten sind die traditionellen Gesellschaftsstrukturen nach wie vor sehr stark verankert.

Vertragspartner:
Volkshilfe Solidarität
Laufzeit:
11/2017-12/2019
OEZA-Beitrag:
1.000.000 Euro

Eine Kooperation der Volkshilfe Solidarität mit lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen sorgte dafür, dass Frauen und Jugendliche einen besseren Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Durch Weiter- und Ausbildungen in Sozialberufen oder im Tourismus, in der Biolandwirtschaft und in Produktmarketing sind die Frauen und Jugendlichen nun besser qualifiziert. Das bringt ihnen höhere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Auch bei der Arbeitssuche erhielten sie Unterstützung. Beratung und Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen halfen ihnen bei der Gründung von Kleinunternehmen.

Service

Wichtige Adressen

Österreichische Botschaft

Rruga Xibrakeve 4, Tirana, Albanien
Tel.: (+355 4) 22 74 855, (+355 4) 22 74 856
Fax: (+355 4) 22 33 140
E-Mail: tirana-ob@bmeia.gv.at
www.aussenministerium.at/tirana

Koordinationsbüro für Technische Zusammenarbeit

Rruga Mustafa Matohiti, Pallati ABAU No. 1/7, Tirana, Albanien
Postanschrift: Kutia Postare 222/1, Tirana
Tel.: (+355 4) 22 35 717
Fax: (+355 4) 22 34 546
E-Mail: tirana@ada.gv.at
www.entwicklung.at

Österreichisches Honorarkonsulat

(ohne Passbefugnis)
Lagja Vasil Shanto, Rruga Vaso Kadia no.170, Shkoder, Albanien
E-Mail: gjergileqeja@shkodra-honorarkonsulat.com

Österreichisches Honorarkonsulat

(ohne Passbefugnis)
Pallati i Kultures Laberia
Rruga Hektor Shyti 2
Vlora, Albanien
Tel.: (+355) 69 207 4620
Tel.: (+355) 68 205 0267

Botschaft der Republik Albanien

Prinz-Eugen-Straße 18/1/5, 1040 Wien
Tel.: (+43 1) 328 86 56
Fax: (+43 1) 328 86 58
E-Mail: embassy.vienna@mfa.gov.al
<http://www.kryeministria.al>

Konsularabteilung der Botschaft der Republik Albanien

Prinz-Eugen-Straße 18/1/5, 1040 Wien
Tel.: (+43 1) 328 86 56
Fax: (+43 1) 328 86 58
E-Mail: embassy.vienna@mfa.gov.al

Handelsabteilung der Botschaft der Republik Albanien

Prinz-Eugen-Straße 18/1/5, 1040 Wien
Tel.: (+43 1) 328 86 56
Fax: (+43 1) 328 86 58
E-Mail: embassy.vienna@mfa.gov.al

Links

Österreichische Entwicklungszusammenarbeit

<https://www.entwicklung.at/laender/suedosteuropa/albanien>

Albanische Regierung: <http://www.kryeministria.al/>

Albanisches Parlament: <http://www.parlament.al/>

Weltbank: World Development Indicators Database

<http://data.worldbank.org/indicator>

Vereinte Nationen: <http://www.un.org>